

BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 21. Januar 2008

Das Präsidium der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 21. Januar 2008 beschlossen:

Liberales Manifest für den Mittelstand

Mittelstand ist keine betriebswirtschaftliche Recheneinheit. Mittelstand ist eine Geisteshaltung! Mit Pioniersinn und Patriotismus, Mut und Verantwortungsgefühl hat der Mittelstand unser Land einst wieder aufgebaut und das deutsche Wirtschaftswunder möglich gemacht. Wer morgens früher aufsteht, wer sich und anderen auf eigenes Risiko eine Existenz aufbaut, wer selber vorsorgt, nicht fragt, was der Staat ihm schuldet, sondern was er für andere erreichen kann, der verdient den Respekt aller und braucht politischen Rückenwind. Diese mittelständischen Tugenden sind auch heute gefragt, um unser Land weiter nach vorn zu bringen. Ohne solche Menschen, die ein umfassendes Verantwortungsprinzip vorleben, kann es keine freiheitliche Gesellschaft geben. Der Mittelstand steht für Freiheit und Verantwortung! Deutschland braucht eine Politik, die den Mittelstand stärkt und nicht schwächt.

Der Mittelstand erwirtschaftet mehr als 40 Prozent aller Umsätze der Unternehmen in Deutschland. Etwa 3,5 Millionen mittelständische Betriebe und die zahlreichen Freiberufler – vom selbständigen Ingenieur bis zum pharmazeutischen Unternehmen, von der Landärztin bis zum Maschinenbauer - sorgen mit ihren Dienstleistungen und Produkten für eine breite Angebotsvielfalt, für funktionierenden Wettbewerb und für faire Preise. **Deshalb ist eine Politik, die den Mittelstand stärkt, die beste Wirtschaftspolitik.**

44 Prozent des Steueraufkommens aus Unternehmen und Kapitaleinkommen leistet der Mittelstand. Ohne das erfolgreiche Wirtschaften von Mittelständlern könnten in Deutschland keine Schulen, keine Straßen und keine öffentliche Sicherheit finanziert werden. Alle Finanzminister sollten sich zudem an der mittelständischen Tugend orientieren, daß vor dem Ausgeben das Erwirtschaften kommt. **Deshalb ist eine Politik, die den Mittelstand stärkt, die beste Finanzpolitik.**

71 Prozent der Arbeitsplätze und 83 Prozent der Ausbildungsplätze in Deutschland stellt der Mittelstand. Nach der konjunkturell schwierigen Phase 2003 bis 2005 wurden mehr als 80 Prozent der neugeschaffenen Arbeitsplätze von kleinen und mittleren Unternehmen geschaffen. Der Mittelstand bietet eine breite Berufspalette, die jedem nach

seinen Fähigkeiten und Talenten die Chance auf Teilhabe gibt. **Deshalb ist eine Politik, die den Mittelstand stärkt, die beste Arbeitsmarktpolitik.**

Der Mittelstand sorgt mit seinen Beiträgen für die Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme. Ohne Mittelstand gibt es keine Rentenversicherung. Ohne Mittelstand gibt es kein leistungsfähiges Gesundheitswesen. Ohne Mittelstand wäre die Pflegeversicherung schon heute am Ende. Viele Mittelständler fühlen sich dem Wohl ihrer Mitarbeiter über die Arbeitszeit hinaus besonders verpflichtet. **Deshalb ist eine Politik, die den Mittelstand stärkt, die beste Sozialpolitik.**

Der Mittelstand bildet oft über den eigenen Bedarf hinaus junge Menschen aus und bietet ihnen die Möglichkeit, in vielfältigen Lehrberufen Qualifikationen zu erwerben, Erfahrungen zu sammeln und sich selbst Zukunftschancen zu eröffnen. Vielen jungen Menschen mit Integrationsschwierigkeiten bietet der Mittelstand die Chance, das Leben zu meistern, ein Selbstwertgefühl zu entwickeln und Eigenverantwortung zu übernehmen. Der Mittelstand leistet damit eine wichtige gesellschaftliche Arbeit. Der Mittelstand schafft immer wieder neue, innovative Berufsfelder. Viele Länder beneiden uns um die duale Berufsausbildung in Deutschland. Ohne den Mittelstand gäbe es diese Erfolgsgeschichte nicht. **Deshalb ist eine Politik, die den Mittelstand stärkt, die beste Bildungspolitik.**

Viele Erfindungen werden von Mittelständlern gemacht und auf den Markt gebracht. Vom Dübel über die LCD-Flachbildschirme bis zu den hochkomplizierten Meßgeräten in der Raumfahrt – vieles wurde von deutschen Tüftlern und Forschern erfunden. Der Mittelstand investiert auf eigenes Risiko Milliarden in die Entwicklung lebensrettender Medikamente, neuer Hoch-Technologien und klimaschonender Energiegewinnung. **Deshalb ist eine Politik, die den Mittelstand stärkt, die beste Forschungspolitik.**

Der Metzgermeister, die selbständige Architektin oder der mittelständische Unternehmer, die auf eigenes Risiko mit ihrem Geld sich und anderen eine Existenz aufgebaut haben, die vor Ort leben und arbeiten und ihre Kunden kennen, haben ein anderes Verantwortungsbewußtsein für die für die Menschen in ihrer Heimat als anonyme Großkonzerne. Standortpflege und gemeinnütziges Engagement vor Ort sind im Mittelstand besonders ausgeprägt. **Deshalb ist eine Politik, die den Mittelstand stärkt, die beste Standortpolitik.**

Eigentum stabilisiert unsere Gesellschaft. Wer als Selbständiger oder in der eigenen Firma arbeitet, hat einen näheren Bezug zu seiner Nachbarschaft und seiner Gemeinde, für die er sich dann auch eher engagieren wird. Eigentum verpflichtet, fördert das Verantwortungsgefühl und verhindert Beliebigkeit und Desinteresse. In vielen Orts-, Gemeinde- und Stadträten übernehmen Mittelständler kommunalpolitische Verantwortung. Viele Mittelständler engagieren sich ehrenamtlich in Sportvereinen, Kirchen und Bürgerinitiativen. Starker Mittelstand heißt starkes bürgerschaftliches Engagement. Starker Mittelstand heißt schwache extreme Ränder. Starker Mittelstand heißt starke Demokratie. **Deshalb ist eine Politik, die den Mittelstand stärkt, die beste Innenpolitik.**

Die mittelständischen landwirtschaftlichen Betriebe sichern unsere Ernährung mit hochwertigen Lebensmitteln, pflegen unsere Kulturlandschaft und prägen unsere Dörfer. **Deshalb ist eine Politik, die den Mittelstand stärkt, die beste Politik für den ländlichen Raum.**

Viele mittelständische Betriebe sind Familienbetriebe. Der Mittelstand hat ein besonderes Interesse an der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Viele Mittelständler bieten ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern flexible Arbeitszeitmodelle und machen Deutschland damit familienfreundlicher. **Deshalb ist eine Politik, die den Mittelstand stärkt, die beste Familienpolitik.**

Viele Mittelständler unterstützen Kultureinrichtungen, fördern Ausstellungen und gründen Stiftungen. Auch freischaffende Fotografen, Autoren und Künstler sind Mittelständler. **Deshalb ist eine Politik, die den Mittelstand stärkt, die beste Kulturpolitik.**

Deutschland braucht endlich ein mittelstandsfreundliches Klima. Die Politik muss mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen. Die Politik muss den Mittelstand als Rückgrat unseres Landes anerkennen und unterstützen. Vorurteile, Neid und Misstrauen gegen Menschen, die durch harte Arbeit, auf eigenes Risiko und mit hoher Verantwortungsbereitschaft für sich und andere erfolgreich sind, müssen bekämpft werden.

Liberalen bewerten den Mut höher als das Scheitern. Wir brauchen eine Kultur der zweiten Chance!

Die politische Agenda darf nicht vor allem die Extreme im Blick haben und dabei die breite Mitte in Deutschland vernachlässigen. Damit muss Schluss sein! Deshalb fordern wir:

1. Steuern und Abgaben senken

Leistung und Risikobereitschaft muss sich wieder lohnen. Der Mittelstand wartet auf Steuersenkungen und niedrigere Lohnzusatzkosten, damit er investieren und Arbeitsplätze schaffen kann. Die Gewerbesteuer gehört nicht ausgeweitet, sondern abgeschafft. Die Unternehmensteuerreform hat den Mittelstand zu wenig entlastet. Viele Mittelständler unterliegen gar nicht der Körperschaftsteuer wie größere Unternehmen, sondern zahlen als Personengesellschaften Einkommensteuer. Sie profitieren nicht von den Steuersenkungen, werden aber durch die Gegenfinanzierung der Unternehmensteuerreform belastet. Deshalb muss auch die Einkommensteuer gesenkt werden. Zu den Sozialversicherungsbeiträgen kommen hohe Belastungen durch Auflagen und Abgaben der Berufsgenossenschaften hinzu. Die Berufsgenossenschaften müssen sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Die Beiträge zu den Sozialversicherungen müssen weiter sinken. Wir wollen keine Subventionen für Großkonzerne, die vom Mittelstand bezahlt werden müssen. Wir wollen mehr Investitionen durch ein niedrigeres, einfacheres und gerechteres Steuersystem.

2. Steuern und Abgaben vereinfachen

Nur ein einfaches Steuer- und Abgabensystem ist auch ein gerechtes. Gerade Mittelständler brauchen einfache und klare Steuergesetze, die auch ohne eigene Steuerabteilung im Unternehmen verstanden und angewendet werden können. Die Unternehmenssteuerreform lässt hier viel zu Wünschen übrig. Sie hat das deutsche Steuerrecht noch komplizierter gemacht. Wir brauchen weniger und bessere Steuerregelungen ohne Ausnahmetatbestände. Durch die Vorverlegung des Fälligkeitstermins von Sozialabgaben ist ein bürokratischer Mehraufwand für die Unternehmen von etwa 4 Milliarden Euro entstanden. Der Fälligkeitstermin muss wieder so gewählt werden, dass die Unternehmen nicht allein dadurch zusätzlich belastet werden.

3. Erbschaftsteuer in Länderkompetenz überführen

Die geplante Erbschaftsteuerreform bedeutet für viele Mittelständler keine Entlastung beim Betriebsübergang. Die Steuerregeln werden komplizierter. Für viele Mittelständler droht die Steuer zu steigen statt zu sinken. Eine Frist von zehn oder sogar 15 Jahren, in der die Beschäftigtenzahl nicht sinken darf, ist völlig unrealistisch. Kein Mittelständler kann über einen so langen Zeitraum vernünftig planen. Wer den Mittelstand von der Erbschaftsteuer entlasten will, darf das nicht an solche Bedingungen knüpfen. Was an Erbschaftsteuer gezahlt wird, steht nicht mehr für die Produktion zur Verfügung. Die Erbschaftsteuer vernichtet Arbeitsplätze. Deshalb müssen Betriebsübergänge grundsätzlich steuerfrei gestellt werden. Die Länder sollen die grundgesetzlich abgesicherte Gesetzgebungskompetenz für die Erbschaftsteuer erhalten. So entsteht ein Wettbewerb zwischen den Ländern um eine mittelstandsfreundliche Besteuerung. Dann entscheiden die Länder, welche Höhe die Erbschaftsteuer haben soll, oder ob sie ganz auf sie verzichten. Die von der Bundesregierung geplante Erbschaftsteuerreform lehnen wir ab, da sie zu Mehrbelastungen für den Mittelstand führt.

4. Lohnflexibilität statt staatlich gestützte Mindestlöhne

Der staatlich gestützte Mindestlohn in der Postbranche ist Beleg dafür, dass es der Bundesregierung nicht um Wettbewerb und Arbeitsplätze im Mittelstand geht, sondern um Monopolschutz für Großkonzerne. Die Tarifautonomie muss vor staatlichen Lohndikтатаen geschützt werden. Statt Mindestlöhnen brauchen Mittelständler flexiblere Regelungen. Die Flächentarifverträge orientieren sich zu stark an den großen Unternehmen. Kleine und mittlere Unternehmen brauchen mehr Selbstbestimmung durch Mitarbeiter und Unternehmer vor Ort. Sie brauchen mehr Möglichkeiten für betriebliche Bündnisse für Arbeit. Ohne allgemeinverbindliche Tarifverträge erhöht sich der Druck auf den Tarifparteien, bei ihren Abschlüssen die Interessen des Mittelstands stärker zu berücksichtigen. Wenn 75 Prozent der Belegschaft für abweichende Regelungen vom Tarifvertrag stimmen, muss das ohne Zustimmung der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände möglich sein.

Die bestehenden Möglichkeiten der Mitarbeiterbeteiligung an Kapital und Erfolg müssen so weiterentwickelt werden, dass sie die betriebliche Altersvorsorge ergänzen und zugleich eine freiwillige Option zur Flexibilisierung der Vergütungsstrukturen ermöglichen.

5. Betriebliche Mitbestimmung mittelstandsfreundlich reformieren

Die Ausweitung der Funktionärsmitbestimmung hat den Mittelstand mit zusätzlichen Kosten in Millionenhöhe überzogen. Gerade in kleinen Inhaberbetrieben wird das unkomplizierte betriebliche Miteinander durch die gesetzliche Mitbestimmungsverschärfung erheblich gestört. Die gesetzlich vorgegebene Zahl der Betriebsratsmitglieder muss deutlich reduziert werden. Ein Betriebsrat sollte erst in Unternehmen ab 50 Beschäftigten gebildet werden und ein Wahlquorum von 50 Prozent erfordern. Die Freistellung von Betriebsratsmitgliedern darf erst in Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten beginnen.

6. Arbeitsrecht flexibilisieren

Das vor allem für den Mittelstand komplizierte Kündigungsschutzgesetz muss beschäftigungsfreundlicher werden. Der Kündigungsschutz sollte erst für Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten und nach vier Jahren Beschäftigungsdauer gelten. Da, wo es für die Beschäftigten günstiger ist, muss auch von den Tarifbedingungen abgewichen werden können. Das Vorbeschäftigungsverbot für befristete Einstellungen gehört ganz aufgehoben. Das schafft Flexibilität für den Mittelstand und führt zu mehr Arbeitsplätzen in Deutschland. Eine befristete Einstellung ist besser als arbeitslos zu sein.

7. Bürokratielasten senken

Der Staat muss sich aus der Wirtschaft zurückziehen. Das gilt für die immer noch zu hohe bürokratische Regelungsdichte. Zwei sog. „Mittelstandsentlastungsgesetze“ von Schwarz-Rot haben die Bürokratiekosten für die Unternehmen in Deutschland gerade einmal im Promillebereich gesenkt. Statt zusätzliche bürokratische Lasten wie das Anti-Diskriminierungsgesetz oder Gebäudesanierungsaufgaben zu schaffen, müssen die bestehenden reduziert werden. Die zahlreichen statistischen Doppelerhebungen müssen abgeschafft werden. Zusätzliche Bürokratielasten muss der Staat den Unternehmen vergüten. Wie hohe Lohnzusatzkosten führen auch hohe Bürokratiekosten zum Wachsen der Schwarzarbeit. Wo Liberale Verantwortung tragen, geht es der Bürokratie an den Kragen.

8. Unternehmensgründer besser unterstützen

Deutschland braucht eine Gründerkultur, die den Schritt in die Selbständigkeit, neue Ideen und Innovationen honoriert. Die Anforderungen an die Gründung eines Unternehmens sind in Deutschland immer noch zu hoch. Wenn deutsche Gründer lieber die Form der britischen Limited wählen, zeigt das: Das GmbH-Recht muss attraktiver werden. Unternehmensgründungen müssen durch Absenkung des Mindeststammkapitals, durch freie Bestimmung individueller Stammeinlagen sowie durch Beschleunigung der Registereintragung erleichtert werden. Die staatliche Förderung für Unternehmensgründer muss einfacher und übersichtlicher werden.

9. Privatisierung öffentlicher Aufgaben voranbringen

Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben in Wettbewerbsmärkte stärkt mittelständische Betriebe. Denn die öffentlichen Serviceleistungen werden vielfach durch Private schon angeboten und sind vor allem Betätigungsfelder kleiner und mittlerer Unternehmen. Es gibt keine Chancengleichheit im Wettbewerb zwischen privaten mittelständischen Unternehmen und öffentlichen Betrieben. Die größten Privatisierungspotentiale liegen in den Kommunen. Dazu müssen alle Landesregierungen in den Ge-

meindeordnungen ein wirksames Subsidiaritätsgebot verankern, das privaten Unternehmen ausreichend Rechtsschutz gegen die gewerbliche Betätigung von Kommunen gewährt. Auch die Einheitlichen Ansprechpartner für Unternehmen, die nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie eingerichtet werden müssen, sollten privatwirtschaftlich organisiert sein.

10. Vergaberecht mittelstandfreundlicher gestalten

Mit einem jährlichen Beschaffungsvolumen von rund 300 Milliarden Euro zählen staatliche Institutionen zu den wesentlichen Auftraggebern in der Bundesrepublik. Der deutsche Mittelstand ist auf ein leistungsfähiges, transparentes und unbürokratisches Vergaberecht angewiesen, das kleinen und mittleren Unternehmen den diskriminierungsfreien Zugang zu öffentlichen Aufträgen gewährleistet. Vergabefremde Kriterien wie Tariftreue und Frauenförderung gehören abgeschafft. Sie machen die Vergabeverfahren intransparent und rechtlich angreifbar. Das Präqualifikationsverfahren, das die individuelle Beibringung der auftrags- unabhängigen Eignungsnachweise im Baubereich durch ein Zertifikat ersetzt, ist konsequent weiterzuentwickeln und auf Liefer- und Dienstleistungsaufträge auszuweiten. Eine bundesweite elektronische Ausschreibungsbekanntmachung oberhalb von Bagatellgrenzen stärkt die Informationsmöglichkeiten mittelständischer Unternehmen. Mit der Vergaberechtsreform muss außerdem die Zahlungsmoral der öffentlichen Hand deutlich verbessert werden.

11. Forschung und Entwicklung durch besseren Patentschutz stärken

Ein auf Innovation und Risikobereitschaft setzender Mittelstand ist für die Stärkung des Forschungsstandorts Deutschland wichtig. Forschung und Entwicklung wird bereits intensiv staatlich unterstützt, dies kommt bisher aber vor allem Großunternehmen zugute. Die Förderung muss deshalb stärker auf den Mittelstand ausgerichtet werden. Im Zentrum muss die Stärkung der Risikobereitschaft der mittelständischen Wirtschaft stehen. Die Kooperation zwischen Wissenschaft und mittelständischen Unternehmen muss intensiver werden. Auch die Überführung von Patenten in marktreife Produkte soll damit unterstützt werden. Das Patentwesen muss stärker auf die Bedürfnisse des Mittelstands ausgerichtet werden. 2005 haben nur etwa 0,1 Prozent aller mittelständischen Unternehmen ein inländisches Patent angemeldet. Nur ein auch über die deutschen Grenzen wirksamer Patentschutz garantiert, dass die mit einem Patent einhergehende Offenlegung der Innovation kein unzumutbares Wagnis ist. Das illegale Kopieren von Patenten sollte als Straftat geahndet werden. Die Kosten für Anmeldung und Aufrechterhaltung eines Patentbesitzes gerade für kleine und mittlere Unternehmen müssen spürbar sinken.

12. Finanzierungsbedingungen für den Mittelstand verbessern

Mit den geplanten Investitionsbeschränkungen für ausländische Kapitalgeber greift der Staat tief in die Vertragsfreiheit von Bürgern und Unternehmen ein. Gerade für mittelständische Unternehmen können ausländische Investoren jedoch interessante Alternativen zur Risikofinanzierung und Nachfolgeregelung bieten. Zudem sind offene Ab-

satz- und Investitionsmärkte für den exportorientierten Mittelstand essentiell. Auch kleine und mittlere Unternehmen brauchen deshalb offene Märkte mit weniger Regulierung. Die Abschaffung der Erbschaftsteuer sichert die Nachhaltigkeit der Unternehmensfinanzierung.

Der deutsche Mittelstand ist für seinen Forschungs- und Wachstumskurs auf eine ausreichende Versorgung mit Fremdkapital angewiesen. Daneben müssen Voraussetzungen geschaffen werden, dass den mittelständischen Unternehmen über die Finanzmärkte vermehrt Risikokapital zur Verfügung gestellt werden kann. Der Erfolg oder Misserfolg mittelständischer Unternehmen auf den globalen Märkten ist heute mehr denn je dadurch geprägt, innovative Ideen umzusetzen und daraus marktreife Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln und einzuführen. Ohne Fremd- und Risikokapital ist dies dem Großteil dieser Unternehmen nicht in ausreichendem Maße möglich. Durch einen freien Zugang der Unternehmen zu privatem oder staatlichem Risikokapital würde sich der Wettbewerb am Finanzmarkt zum Vorteil der Kunden verstärken. Dadurch erhalten die Unternehmen langfristig auch Zugang zu Krediten mit günstigen Darlehenskonditionen und verbesserten Serviceleistungen der Bankhäuser. Zudem sind die ERP-Fördermittel langfristig vor drohenden Spekulationsverlusten der KfW zu schützen.

Wir wollen, dass mittelständische Tugenden wie Mut, Kreativität, Verantwortungsgefühl und Leistungsbereitschaft in Deutschland gestärkt werden.

Wer einen starken Mittelstand will, der muss die FDP unterstützen!